

Steuerabzüge werden nicht erhöht

Der Kantonsrat ist sich fast einig: zu hohe Ausfälle für zu geringe Milderung der Prämienlast.

Urs Moser

Man war sich im Kantonsrat fast einig: Ein höherer Steuerabzug für Krankenkassenprämien, der zu Steuerausfällen von über 10 Millionen führt (Kanton und Gemeinden zusammen), die einzelnen Steuerpflichtigen aber kaum spürbar entlastet, liegt derzeit einfach nicht drin, wo der Kanton doch ein 60-Millionen-Sparpaket schnüren muss.

Dass man auch in der Finanzkommission zu dieser Überzeugung gekommen war, habe schon auch mit der Referendumsdrohung der SP zu tun gehabt, räumte Sprecher André Wyss (EVP, Rohr) ein: Bei einem negativen Volksentscheid würden selbstverständlich auch alle unbestrittenen Punkte der Steuergesetzrevision hinfällig. Zum Beispiel der automatische Ausgleich der kalten Progression, die Besserstellung von Konkubinatspartnern bei der Erbschaftssteuer oder die Rechtsgrundlage für vollautomatisierte Steuerveranlagungen.

Verantwortungsvolle Finanzpolitik geht anders

Festhalten am höheren Steuerabzug wollte nur die SVP. Mehr noch: Sie forderte, sämtliche Prämien und Beiträge für Lebens-, Kranken- und Unfallversicherungen müssten voll abziehbar sein. «Konsternation» habe das Einknicken der Finanzkommission in seiner Fraktion ausgelöst, meinte Richard Aschberger (SVP, Grenchen). Ein weiterer Prämien Schub sei absehbar, die Bevölkerung brauche jetzt Entlastung und nicht irgendwann einmal vielleicht.

«Einen interessanten Versuch» nannte Christian Thalmann (FDP, Breitenbach) den

Antrag der SVP. Er war der Urheber des Auftrags, auf den der nun wieder gekippte höhere Prämienabzug zurückging. Heute sagt aber auch er: Es ist der falsche Zeitpunkt. Und die Forderung der SVP würde die Falschen bevorzugen: «Die Reichen würden sofort hohe Lebensversicherungen abschliessen, um Steuern zu sparen.»

Das war noch die mildeste Beurteilung. «Finanzpolitisch verantwortungslos» nannte Mitte-Sprecher Patrick Schlatter (Oberdorf) die Forderung der SVP. Für Simon Bürki (SP, Bibe-

rist) hatte sie «mit Sachpolitik nicht mehr viel zu tun». Das Ergebnis war entsprechend eindeutig: Die Maximalforderung aus der rechten Ecke wie auch der Eventualantrag, zumindest wieder auf die ursprüngliche Fassung der Regierung zurückzukommen (pro Person 250 Franken Abzug mehr), wurden mit 74:18 Stimmen verworfen.

SP-Sprecher Bürki nutzte die Debatte für das «Ceterum censeo» der Genossen: Für eine gezielte Entlastung der unteren Einkommenschichten von den unaufhörlich steigenden Kran-

kenkassenprämien sei ein Ausbau der Prämienverbilligung das einzig richtige Instrument. Eine Erhöhung des Prämienabzugs müsste hingegen zu einer «massiven Verschärfung» des demnächst präsentierten Sparpakets führen, das sei realitätsfremd.

Die SVP ihrerseits machte Misswirtschaft in den Spitälern, einen steten Ausbau des Leistungskatalogs und unnötige Behandlungen für die Prämienexplosion verantwortlich. Das wiederum brachte auch Finanzdirektor Peter Hodel (FDP) auf die Palme: Über die Steuerpoli-

tik Gesundheitspolitik betreiben zu wollen, sei nun wirklich das Falscheste, das man tun könnte.

Auf einen späteren Zeitpunkt vertagt wurde noch ein weiterer ursprünglich in der Steuergesetzrevision vorgesehener Punkt: Die heutige Ertragswertberechnung bei der Vermögenssteuer wird vorerst beibehalten. Sie mildert die Steuerbelastung für sogenannte «schwere» Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die keine oder nur eine geringe Rendite (Dividende) abwerfen, meist Familienunternehmen.



Höhere Steuerabzüge zur Linderung der Prämienlast? Für den Kantonsrat zumindest derzeit das falsche Mittel.

Bild: Andrea Zahler

GAV bleibt bestehen

Staatspersonal Man soll das Kind nicht mit dem Bad ausschütten, fand Heinz Flück (Solothurn) als Sprecher der Grünen im Kantonsrat. Das Kind war das Personalrecht, genau gesagt der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Staatspersonal. Am Dienstag musste sich das Parlament mit einem Erbe von Nationalrat Rémy Wyssmann befassen. Sein Auftrag hatte verlangt, das Staatspersonalgesetz so zu ändern, dass der GAV abgeschafft werden kann.

SVP-Sprecher Richard Aschberger (Grenchen) sagte, das Parlament habe es in der Hand aufzuräumen, denn «das Konstrukt verhindert Kostendämpfung» und beschneide die Gemeindeautonomie, indem die Gemeinden das Lehrpersonal nach einheitlichen Vorgaben zahlen müssen.

Damit waren die meisten anderen Fraktionen nicht einverstanden, lediglich die FDP erteilte sich als gespalten. «Der GAV sorgt für Rechtssicherheit und trägt dazu bei, dass der Kanton ein attraktiver Arbeitgeber ist», argumentierte Matthias Stricker (SP, Bettlach). Den Besonderheiten der Berufsgruppen werde genügend Rechnung getragen. Mit 61:27 Stimmen (4 Enthaltungen) wurde der Auftrag nicht erheblich erklärt.

Statt einer Kostensenkung drohe das Gegenteil, warnte Matthias Meier-Moreno (Mitte, Grenchen) als Einzelsprecher. Auch Johanna Bartholdi (FDP, Egerkingen) befürchtete «unvorhersehbare Risiken». In einem Punkt aber gab sie dem Initianten Recht: Eine Lösung für die GAV-Kommission sei überfällig. Auslöser der ganzen Debatte war Wyssmanns Vorstoss vor neun Jahren gewesen, dort eine Vertretung für die Arbeitgeberseite einzusetzen - ein Problem, das bis heute besteht. (dd)

Die Kanti bleibt in Solothurn

Standorte ausserhalb der Stadt werden nicht geprüft.

Daniela Deck

Drei Varianten innerhalb der Stadt Solothurn sind für die renovationsbedürftige Kantonschule Solothurn im Gespräch. Sanierung am heutigen Standort, Neubau im Weitblick in der Weststadt und Umnutzung der Pädagogischen Hochschule (PH). Bis Ende Jahr soll der Regierungsrat seine Präferenz bekannt geben, Anfang nächstes Jahr das Parlament entscheiden, wo die Zukunft der wahrscheinlich grössten Kanti des Landes liegt. Das Gebäude platzt aus den Nähten, die Zeit drängt.

«Vom Zeitplan her sollten wir bereits an einer allfälligen Volksabstimmung sein», mahnte der Sprecher der Bildungs- und Kulturkommission, Michael Kummli (FDP, Subingen), am Dienstag im Kantonsrat. Da kam der Auftrag von Matthias Borner (SVP, Olten) die Suche des neuen Standorts auf andere Gemeinden auszudehnen, für viele Parlamentarier denkbar

ungelegen. «Verantwortungslos, dreist, respektlos» nannte Stadtsolothurner Matthias Anderegg namens der SP das Ansinnen und wies auf Vorteile wie die gute ÖV-Erschliessung der Hauptstadt, ihr Angebot an Kultur und Verpflegungsmöglichkeiten. «Es beelendet mich, dass wir diese Diskussion überhaupt führen müssen.»

Schützenhilfe aus der Ratslinken

Borner verteidigte das Geschäft: «Man hätte am Anfang neutral eine Auslegeordnung machen müssen.» Eine dezentrale Lösung mit allenfalls zwei Standorten hat für ihn den Vorteil, dass sich die Wege für die Schüler und Lehrerschaft verkürzen. Stattdessen wurde Borner im Kantonsrat eine grundsätzliche Weigerung wahr, über die Stadt Solothurn hinauszudenken. Dies unter dem Deckmantel einer «ungeprüft angenommenen Kostensteigerung».

Schützenhilfe bekam der Auftrag von SP-Mann Philipp Heri

(Gerlafingen): «Der Prozess ist alles andere als gut gelaufen.» Der Sanierungsbedarf sei seit Jahren bekannt, «dass jetzt der Zeitfaktor derart ausschlaggebend sein soll, finde ich fast etwas peinlich». Es sei ihm zu verdanken, dass nach anfänglicher Ablehnung die freiwerdende PH letzten Herbst als dritter Vorschlag ernsthaft aufs Tapet gekommen ist.

Regierungsrat gegen dezentrale Lösung

Bildungsdirektor Remo Ankli (FDP) mahnte ebenfalls zur Eile und argumentierte, auch im Namen von Mitte-Baudirektorin Sandra Kolly, für eine zentrale Lösung. Bei einem grossen Standort seien Qualität und ein effizienter Betrieb besser zu gewährleisten als bei zwei kleineren Standorten. Folglich appellierte er, «den Fächer nicht weiter zu öffnen». Dem folgte der Rat mit einer deutlichen Mehrheit. Das Geschäft wurde mit 69 gegen 20 Stimmen (4 Enthaltungen) als nicht erheblich erklärt.

Kleines Signal an die «Krösusse»

Kantonsrat legt Steuergrössen für Finanzausgleich fest.

Urs Moser

Ob zu Recht oder zu Unrecht, ist heiss umstritten. Aber die ressourcenstarken Gemeinden begannen sich in letzter Zeit zunehmend zu beklagen, ihre Solidarität als Gebergemeinden im innerkantonalen Finanzausgleich werde etwas arg strapaziert, sie würden über Gebühr zur Kasse gebeten.

Man wolle hier ein Zeichen setzen, dass alle gerecht behandelt werden, erklärte Regierungsrätin Brigit Wyss (Grüne) am Dienstag bei der Festlegung der Steuergrössen für den Finanz- und Lastenausgleich am Dienstag im Kantonsrat.

Kleines Entgegenkommen gegenüber den Zahlern

Auf Antrag der Regierung hat der Kantonsrat beschlossen, die sogenannte Abschöpfungsquote von 37 auf 36 Prozent zu senken. Abschöpfungsquote, das ist der Anteil an ihrer überdurchschnittlichen Steuerkraft

(Staatssteuerertrag pro Kopf der Bevölkerung), den ressourcenstarke Gemeinden in den Ausgleichstopf abliefern müssen.

Die moderate Senkung verhindert nicht, dass Gemeinden mit wachsender Steuerkraft 2025 effektiv sogar höhere Beiträge in den Ressourcenausgleich leisten müssen als im laufenden Jahr, über das Ganze gesehen stellt sie aber eine gewisse Entlastung der Gebergemeinden dar.

Finanzstärke ist nicht zu beklagen, im Gegenteil

Eine unnötige, wie man im linken Lager befand. Die SP wollte die Abschöpfungsquote bei 37 Prozent belassen. «Es braucht mehr, nicht weniger Solidarität», sagte Sprecher Simon Bürki (Biberist). Seine Argumente: Die ressourcenstarken Gemeinden legen weiter an Steuerkraft zu, während sie in den ressourcenstarken tendenziell weiter sinkt. Das erklärte Ziel des Finanz- und Lastenausgleichs,

die Spannweite der Steuerbelastung in den Gemeinden zu reduzieren, werde nach wie vor nicht erreicht.

Mit dieser Beurteilung blieb man im SP-Lager aber (fast) allein. Gespalten zeigte sich die Mitte, eine knappe Mehrheit hätte sich mit der Beibehaltung der aktuellen Abschöpfungsquote einverstanden erklären können, so Sprecher Benjamin von Däniken (Kestenholz). Andererseits sei die Senkung ja auch nur ein «moderates Zeichen» für die ressourcenstarken Gebergemeinden.

Dass die Steuerkraft in manchen ressourcenstarken Gemeinden weiter zugenommen habe, sei nicht zu beklagen, im Gegenteil, meinte Daniel Urech (Grüne, Dornach) an die Adresse der Genossen. «Sein» Dornach gehört zu den grossen Gebergemeinden. Und die seien nicht einfach als «Milchkühe» zu betrachten, sie hätten auch mit finanziellen Herausforderungen zu kämpfen, so der Gemeindepräsident.